

Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens
Antonios Antoniadis
Minister für Familie, Gesundheit und Soziales

Belgian Disability Forum asbl
Monsieur Pierre Gyselinck
Président
Bd. du Jardin Botanique, 50/150

1000 Bruxelles

Eupen, 23.01.2017

Vos références: 2017-01-18-UNCRPD-Recommandations du Comité à la Belgique-Suivi-OME
Nos références: AA/OW/01807
Votre correspondant Olivier Warland, Téléphone +32 (0)87 596 431, olivier.warland@dgov.be

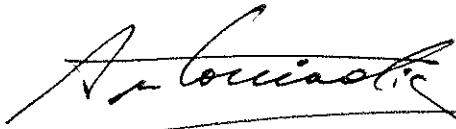
Monsieur le Président,

Votre courrier daté du 18 janvier 2017 relatif à la mise en œuvre de la convention ONU sur les droits des personnes handicapées m'est bien parvenu et je vous en remercie.

Le Gouvernement de la Communauté germanophone a adapté en sa séance du 15 décembre de l'année écoulée le rapport se basant sur la mise en œuvre de la convention ONU arrêté à la date d'octobre 2016.

Par la présente, j'ai le plaisir de vous transmettre ce document en annexe.

Vous souhaitant bonne réception de la présente, je vous prie de croire, Monsieur le Président, à l'expression de mes sentiments distingués.



Antonios Antoniadis
Ministre

Bericht zur Umsetzung der Empfehlungen des UN-Ausschusses für die Rechte von Menschen mit Behinderungen anlässlich des ersten belgischen Staatenberichts (Stand Oktober 2016)

Vorliegende Note stellt eine Sammlung der Antworten dar, welche von den verschiedenen Fachbereichen des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit Behinderung (DPB) erstellt wurden.

Im Jahr 2009 haben die Deutschsprachige Gemeinschaft und das Königreich Belgien die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung ratifiziert. Zwei Jahre später reichte Belgien den ersten Staatenbericht ein, welcher 2014 vom zuständigen Ausschuss der Vereinten Nationen kommentiert wurde. Belgien wird 2019 den 2. Staatenbericht einreichen.

Das „Belgian Disability Forum“, der Dachverband der belgischen Behindertenorganisationen, kontaktierte in den Sommermonaten die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit der Bitte, einen Zwischenbericht mit dem aktuellen Stand der Umsetzung dieser Empfehlungen vorzulegen. In Wahrnehmung ihres Auftrags als Focal Point koordinierte die DPB die Erstellung des nachfolgenden Berichts. Er folgt der Nummerierung der Anmerkungen des Ausschusses (Rahmen).

6. Der Ausschuss stellt mit Besorgnis fest, dass der Vertragsstaat seinen gesetzlichen Rahmen nicht gemäß dem Übereinkommen harmonisiert hat und dass es nur spezifische Bestimmungen gibt, im Rahmen derer Bestimmungen auf Menschen mit Behinderungen anwendbar sind. Er stellt außerdem fest, dass auf nationaler Ebene weder Pläne noch Strategien erarbeitet wurden, die ausschließlich Menschen mit Behinderungen betreffen. Zusätzlich wird der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen, vor allem jener mit geistiger Behinderung, in der Ausarbeitung von Politiken wenig Aufmerksamkeit geschenkt.

7. Der Ausschuss empfiehlt dem Vertragsstaat, einen Harmonisierungsprozess einzuleiten, um seine gesamten nationalen Rechtsvorschriften den Verpflichtungen des Übereinkommens anzupassen, sowie einen Plan zu verabschieden und umzusetzen, der Menschen mit Behinderungen betrifft, und die vollständige Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und der sie vertretenden Organisationen in diesen Prozessen sicherzustellen.

Eine wie auch immer geartete Behinderung impliziert nicht automatisch die Notwendigkeit einer spezialisierten sozialen oder beruflichen Begleitung. Im Gegenteil – und das ist bereits gelebte Realität in der Deutschsprachigen Gemeinschaft – die Hauptunterstützungsarbeit ist ebenso von den allgemein zugänglichen Dienstleistern zu gewährleisten wie die Verwendung allgemein zugänglicher Unterstützungsmaßnahmen prioritär sein muss. Spezialisierte Maßnahmen sind nur dann anzuwenden, wenn die allgemeinen Maßnahmen nicht wirksam eingesetzt werden können oder nicht mehr möglich ist. Die Deutschsprachige Gemeinschaft folgt diesem Grundsatz schon sehr lange. In diesem Kontext wäre beispielsweise auch auf die Gemeinschaftspolitische Erklärung der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 16. September 2014 hinzuweisen, in der es zum Thema Inklusion unter anderem heißt: *„Die Schaffung einer inklusiven Gesellschaft im Sinne der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung ist eine solche übergreifende Aufgabe, an der öffentliche und private Einrichtungen und Akteure mitwirken sollten. Niemand kann sich in diesem Zusammenhang für nicht zuständig erklären. Im Rahmen des REK werden wir deshalb mit der Umsetzung eines Aktionsplans „DG Inklusiv 2025“ beginnen. In allen thematischen Teilbereichen des Regionalen Entwicklungskonzeptes wollen wir ganz konkret zu mehr Inklusion in unserer Gemeinschaft beitragen. Bei der Umsetzung dieses Aktionsplans werden wir großen Wert darauf legen, dass Menschen mit einer Behinderung als Experten in eigener Sache mitwirken können.“* (PDG Dok. 18 (2014-2015) Nr. 1)

Es ist darauf hinzuweisen, dass die Grundlagen der aktuellen Rechtssetzung für die spezialisierten Unterstützungsmaßnahmen teilweise noch aus der Zeit vor der ersten Staatsreform entstammt und somit die Rechtsgrundlagen terminologisch nicht zwingend der UN-Konvention entsprechen, in der Praxis aber eine mit beiden Rechtsrahmen konforme Anwendung angestrebt wird. Eine schrittweise Überarbeitung der Rechtsgrundlagen ist für die

kommenden Jahre vorgesehen. Ein erster Schritt ist die Anpassung des DPB-Grundlagendekretes vom 19. Juni 1990.

Darüber hinaus entwickelt die Deutschsprachige Gemeinschaft fortlaufend ihre bisherige Rechtssetzung weiter. Hierbei berücksichtigt sie wo notwendig die spezifische Situation von Menschen mit Behinderung. Darüber hinaus ist an dieser Stelle das Dekret vom 19. März 2012 Dekret zur Bekämpfung bestimmter Formen von Diskriminierung hinzuweisen. (siehe weiter unten)

8. Der Ausschuss stellt mit Besorgnis fest, dass das Ausführen der Regelungen oftmals ein medizinisches Behinderungsmodell widerspiegelt.

9. Der Ausschuss fordert den Vertragsstaat inständig auf, in Absprache mit den repräsentativen Organisationen der Menschen mit Behinderungen eine Herangehensweise an das Thema Behinderung anzuwenden, die sich auf die Menschenrechte stützt und dem Übereinkommen entspricht.

Die DPB wird sich im Zuge einer dekretalen Anpassung zu einer Dienststelle für selbstbestimmtes Leben weiterentwickeln. Im Rahmen der Sechsten Staatsreform wurden der Deutschsprachigen Gemeinschaft (DG) die Zuständigkeiten im Bereich der Mobilitätshilfen und der Beihilfen zur Unterstützung von Betagten übertragen. Hierdurch entstand die Notwendigkeit, vor allem aber auch die Sinnhaftigkeit einer engeren Zusammenarbeit zwischen der Beratungsstelle für die häusliche, teilstationäre und stationäre Hilfe und der Dienststelle für Personen mit einer Behinderung (DPB). Die gemeinsame Organisation von einzelnen Dienstleistungen, insbesondere hinsichtlich der Beratungen im Bereich der Mobilitätshilfen und der Beihilfen zur Unterstützung von Betagten dürfte Synergieeffekte und Skaleneffekte entstehen lassen, die für den Nutznießer eine verbesserte Dienstleistung ermöglichen. Im Wesentlichen lässt sich dies unter dem Konzept *menschenrechtsbezogener Ansatz* zusammenfassen. Hierbei wird davon ausgegangen, dass alle Menschen das Recht haben und die Fähigkeiten besitzen, ein weitgehend normales Leben zu führen und das eigene Leben so zu gestalten, wie sie es möchten – insofern bei Bedarf von der Gesellschaft entsprechende Unterstützung bereitgestellt wird. Dieser Ansatz ist bereits jetzt in der Arbeit der Beratungsstelle für die häusliche, teilstationäre und stationäre Hilfe und der der DPB prägend und wird durch diesen Dekretentwurf weiter gestärkt. Aktuell liegt dieser Entwurf dem Parlament zur weiteren Besprechung vor.

Praktisch bedeutet dieser Ansatz, dass der individuellen Situation des Menschen im Case Management durch eine individuelle Herangehensweise, den Mix an Unterstützungsmaßnahmen und -leistungen und das Selbstbestimmungsrecht Rechnung getragen wird. Somit trägt dieser Ansatz zur individuellen Problemlösung bei.

Zur weiteren Operationalisierung dieser dekretalen Vorgaben hat sich die DPB-verwaltungsinterne Arbeitsgruppe ICF (AG-ICF) mit der Fragestellung auseinandergesetzt, wie die International Classification of Functioning, Disability and Health (ICF) bei der DPB im Rahmen der Einschreibung und Begleitung von Personen in die Praxis umgesetzt werden kann. Denn mit der neuen dekretalen Grundlage wird nicht mehr das Zielpublikum (Personen mit Behinderung) Grundlage des Handelns sein, sondern die Zielsetzung der größtmöglichen Teilhabe eines jeden einzelnen.

Zur Abklärung der Eignung der ICF für den Bedarf der DPB sowie zum Sammeln von ersten Hinweisen zu Umsetzungsmöglichkeiten wurden Literaturrecherchen durchgeführt und Kontakte zu Personen hergestellt, die sich bereits intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt haben.

10. Der Ausschuss stellt fest, dass auf Bundesebene Menschen mit Behinderungen durch den Nationalen Hohen Rat der Menschen mit Behinderungen vertreten sind. Zu beklagen ist jedoch das Fehlen beratender Organe für die flämischen Behörden sowie in der Deutschsprachigen und Französischen Gemeinschaft.

11. Der Ausschuss fordert den Vertragsstaat inständig auf, in sämtlichen Regionen beratende Organe einzurichten und diesen angemessenen Ressourcen zuzuteilen. Diese beratenden Organe müssen eng in die Entwicklung und Umsetzung von Rechtsvorschriften und Politiken sowie in die Überwachung der Verwirklichung eingebunden werden.

Im Rahmen der dekretalen Weiterentwicklung der DPB hin zu einer Dienststelle für selbstbestimmtes Leben (DSL) wird künftig auf ein Zusammenspiel verschiedener Gremien innerhalb der DSL zurückgegriffen:

- ein für Einrichtungen öffentlichen Interesses typischer Verwaltungsrat;
- zwei Dienstleisterkonferenzen, welche die Interessen der Dienstleister für die Zielgruppen der DSL (Kinder, Jugendliche und Erwachsene unter dem gesetzlichen Pensionsalter einerseits und Erwachsene über dem gesetzlichen Pensionsalter andererseits) repräsentieren und der Abstimmung zwischen bzw. mit ihnen dienen;
- ein beratendes Fachgremium als interne Reflexionskammer, welche sich vornehmlich aus externen Fachleuten zusammensetzt und so einen Blick von außen ermöglicht.

Diese drei Gremien sind interne Gremien der DSL mit jeweils eigenen Aufgaben. Die Verwaltung der DSL wird dann auch für das gute Funktionieren und das Zusammenwirken dieser Gremien einstehen.

Darüber hinaus stärkt das Dekret aber auch die Rolle der Zivilgesellschaft – bewusst nicht als internes Gremium, sondern als eigenständiger Akteur in der Politikgestaltung mit Konsultations- und Initiativrecht. Gemeint sind hier ein oder mehrere Dachverbände der Zielgruppen, welche dann die u.a. die Beteiligung der Personen mit Beeinträchtigung und ihrer repräsentativen Organisationen am Zustandekommen der politischen Entscheidungen innerhalb der Deutschsprachigen Gemeinschaft gewährleisten sollen. Die dekretalen Bestimmungen sind derart gefasst, dass es diesen Dachverbänden freisteht, sich zu organisieren in der Form, wie sie dies wünschen. Dies soll dazu führen, dass dieser Dachverband/diese Dachverbände in voller Unabhängigkeit die Erwartungen der Menschen mit Beeinträchtigung aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft artikulieren können, wenn sie dies denn möchten. Die Initiative zur Schaffung dieser Dachverbände muss hierbei nach Überzeugung der Regierung aber von den Menschen mit Beeinträchtigung bzw. ihrer repräsentativen Organisationen ausgehen, da es als nicht Zielführend angesehen wird, wenn der Impuls für einen solchen Dachverband von der öffentlichen Hand ausgeht. Die finanziellen und organisatorischen Rahmenbedingungen, in denen ein solcher Dachverband agieren wird, sind dabei von unterschiedlichen Faktoren abhängig und werden daher auch erst zu einem späteren Zeitpunkt im Dialog mit diesem geklärt werden.

Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung (Art. 5)

12. Der Ausschuss nimmt das Anti-Diskriminierungsgesetz zur Kenntnis, welches das Konzept angemessener Vorkehrungen anerkennt. Er ist jedoch über die Situation von ausländischen Menschen mit Behinderungen besorgt, die in Belgien leben und Diskriminierung erleben, wie auch über Fälle von Diskriminierung durch Assoziierung mit einer Person oder einem Kind mit Behinderungen.

13. Der Ausschuss empfiehlt, die Rechtsmittel dieses Gesetzes zu untersuchen, um sicherzustellen, dass die Klagenden die Möglichkeit haben, eine Anordnung zu verlangen und einen Schadenersatz zu erhalten, insofern ihre Diskriminierungsklagen im Rahmen eines Rechtsverfahrens belegt wurden. Er ersucht, dass der Vertragsstaat unmittelbar den Schutz vor Diskriminierung, einschließlich der Diskriminierung durch Assoziierung, verbessert und zwar durch Maßnahmen positiver Diskriminierung und Sensibilisierung sowie Schulung der Beamten auf allen Ebenen.

Die Gesetzgebung zur Nichtdiskriminierung wird von jedem Teilstaat für seinen jeweiligen Hoheitsbereich erstellt, ist in ihrer Gesamtheit aber für alle Teilstaaten und den Föderalstaat identisch. Die Regelung zur Funktionsweise der Gerichtsbarkeit ist eine föderale Zuständigkeit und folglich außerhalb des Wirkungsbereichs der DG. Das im Folgenden beschriebene Sensibilisierungsprojekt DG Inklusiv steht auch dem öffentlichen Dienst offen. Sowohl hinsichtlich der Entscheidungsträger als auch hinsichtlich der Mitarbeiter wurden bereits Schritte der Schulung und der Sensibilisierung unternommen, allerdings noch nicht in allen Bereichen.

Frauen mit Behinderungen (Art. 6)

14. Der Ausschuss ist besorgt über das Fehlen von Daten zur Feststellung, ob Frauen mit Behinderungen aufgrund ihres Geschlechtes diskriminiert werden und um einen Vergleich zwischen der Diskriminierung von Frauen und Mädchen mit Behinderungen und der Diskriminierung von Männern und Jungen mit Behinderungen sowie Frauen ohne Behinderungen zu ermöglichen.

15. Der Ausschuss empfiehlt dem Vertragsstaat, in seiner Gesetzgebung und seinen Politiken sowie in seinen Studien, Plänen, Bewertungs- und Überwachungstätigkeiten bzw. seinen Diensten das Geschlecht und die Behinderung zu berücksichtigen. Er empfiehlt auch, wirksame und spezifische Maßnahmen anzuwenden, um Formen der Mehrfach- oder merkmalsübergreifenden Diskriminierung gegenüber Frauen und Mädchen mit Behinderungen vorzubeugen.

Frauen mit Behinderung sollen gestärkt werden. Durch gezieltes Empowerment können Frauen ihr Selbstbewusstsein aufbauen bzw. verstärken. Die DPB organisiert regelmäßig Seminare zum Thema Empowerment. Für das Jahr 2017 ist ein Selbstverteidigungskurs für Frauen mit Behinderung geplant.

Kinder mit Behinderungen (Art. 7)

16. Der Ausschuss ist darüber besorgt, dass laut einem Bericht der Europäischen Union über Kinder mit Behinderungen aus dem Jahre 2013 der Vertragsstaat zu den europäischen Staaten mit dem größten Anteil von Kindern mit Behinderungen gehört, die in Einrichtungen untergebracht sind. Der Ausschuss ist zudem darüber besorgt, dass Kinder mit Behinderungen nicht systematisch in die Entscheidungen über ihr Leben miteinbezogen werden und nicht die Möglichkeit haben, ihre Meinung über Fragen, die sie direkt betreffen, auszudrücken.

17. Der Ausschuss empfiehlt dem Vertragsstaat, die notwendigen Ressourcen zur Unterstützung der Familien von Kindern mit Behinderungen bereitzustellen, um zu vermeiden, dass sie verwahrlost und in Einrichtungen untergebracht werden, sowie um ihre Inklusion und mit anderen Kindern gleichgestellte Teilhabe am gemeinschaftlichen Leben sicherzustellen. Der Ausschuss empfiehlt die Annahme von Maßnahmen zum Schutz der Rechte von Kindern mit Behinderungen, um bei jeglichen Fragen, die sie betreffen, zurate gezogen zu werden, jeweils unter Bereitstellung einer ihrer Behinderung und ihrem Alter angemessenen Hilfe.

Kinder mit Behinderung und ihre Familien werden in der DG durch die Familienbegleitung der DPB unterstützt. Die Familienbegleitung möchte alle Mitglieder der Familie dabei unterstützen, ein erfülltes Familienleben zu führen, in dem jeder seinen Platz hat. Die Ziele der Familienbegleitung sind:

- die Förderung der Eigenständigkeit und der Integration des behinderten Kindes sowie der Lebensqualität der gesamten Familie, mit dem Ziel, dass das Kind möglichst lange und adäquat zu Hause gefördert werden kann;
- die „Normalisierung“ der Lebensbedingungen der Familie durch beratende Hilfestellung im konkreten Alltag;
- die Stärkung des Selbstbewusstseins und des Verantwortungsgefühls der Eltern gegenüber ihren Kindern sowie die Aktivierung der familieneigenen Ressourcen. Dies beinhaltet ebenfalls die Stärkung der Elternkompetenz in der Erziehung ihrer Kinder;
- Selbstbestimmung.

Aufgabe der Familienbegleitung kann es ebenfalls sein, die Familie bei der Kontaktaufnahme zu Diagnosezentren oder Ärzten zu unterstützen. Zudem hat sie eine Koordinierungsaufgabe, wenn mehrere Dienste in der Familie impliziert sind. Die Familienbegleitung kann Eltern in administrativen Fragen, z.B. das Kindergeld betreffend, beraten und Informationen zu materiellen Hilfen vermitteln. Bei Bedarf besteht ebenfalls die Möglichkeit, Weiterbildungen und Tagungen zu speziellen Themen zu empfehlen und Kontakte zu Selbsthilfegruppen oder Elternvereinigungen herzustellen. Ebenfalls kann die Familienbegleitung erste Informationen zu bestehenden Freizeitmöglichkeiten vermitteln und den Kontakt zu Freizeit Anbietern und -vermittlern herstellen.

Um Erschöpfungszustände bei den Familienangehörigen zu vermeiden, können die Familien die Dienste des Kurzaufenthaltes in Anspruch nehmen. Die Dienstleistung Kurzaufenthalt richtet sich an alle Menschen, die durch ihre Behinderung eine intensive Begleitung im Alltag benötigen. Verschiedene Entlastungsangebote sollen den Eltern Freiräume verschaffen. Ebenfalls möchte der Kurzaufenthalt ein Treffpunkt für die Kinder- und Jugendlichen selber sein, wo sie gemeinsam ihre Freizeit verbringen können. Neben diesen regelmäßig stattfindenden Entlastungsangeboten, gewährleistet der Kurzaufenthalt kurzfristige Aufnahmen und Begleitungen der Menschen mit Behinderung in entsprechenden Notsituationen.

Sensibilisierung (Art. 8)

18. Der Ausschuss stellt mit Besorgnis fest, dass der im Übereinkommen betonte Paradigmenwechsel, in dem Menschen mit Behinderungen als Personen mit grundlegenden Rechten gelten, die an den sie selbst betreffenden Entscheidungen teilhaben und sogar ihre Rechte in der Gesellschaft geltend machen können, nicht ersichtlich ist. Die Stigmatisierung und die Ausgrenzung von Menschen mit Behinderungen sind in verschiedenen Politiken bemerkbar, u. a. aufgrund des noch überwiegenden medizinischen Ansatzes, der Organisation von medizinischen Betreuungseinrichtungen als der grundlegenden Form der Betreuung und der Aufrechterhaltung der Segregation im Bildungssystem.

19. Der Ausschuss empfiehlt dem Vertragsstaat, eine nationale Strategie zur Sensibilisierung für den Inhalt des Übereinkommens auszuarbeiten und zugängliche Informations- und Sensibilisierungskampagnen bzgl. der Rechte von Menschen mit Behinderungen zu lancieren und in der Öffentlichkeit ein positives Bild der Menschen mit Behinderungen und deren Beitrag zur Gesellschaft zu fördern, in enger Absprache und aktiver Zusammenarbeit mit den repräsentativen Organisationen der Menschen mit Behinderungen, bei deren Planung, Verwirklichung, Überwachung und Bewertung.

Die Sensibilisierungssequipe DG-Inklusiv setzt sich aus Menschen mit und ohne Behinderung zusammen. Ziel ist es Sensibilisierungsangebote zu organisieren, die die Belange von Menschen mit einer Behinderung den Bürgern, Einrichtungen, Vereinen und Organisationen in der DG näher bringt.

Das Konzept der Inklusion soll bekannter gemacht werden und, mithilfe der durch die Animationsequipe durchgeführten Sensibilisierungen, sollen so viele Menschen wie möglich Barrieren in ihrem natürlichen Umfeld erkennen, die die Teilhabe von Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen Leben erschweren.

Gemeinsam mit den Animatoren werden dann Lösungswege erarbeitet, was jeder einzelne tun kann, um die Barrieren aus dem Weg zu räumen.

Während im Jahr 2011 die Formierung und Ausbildung der Animatoren mit Behinderung im Mittelpunkt der Tätigkeit stand (Ausbildung, Kontakte zu anderen

Sensibilisierungsorganisationen, Zielgruppenanalyse, inhaltliche Erarbeitung der Sensibilisierungsmodule), konnte in 2012 mit der konkreten Ausführung der Sensibilisierungseinheiten begonnen werden. Seither wurden über 5000 Personen erreicht. Das Projekt ist auch in verschiedenen Schulungen integriert, welche zu einer zertifizierten ehrenamtlichen (Sporttrainer oder Jugendanimators) oder beruflichen Tätigkeit (FamilienhelferIn) führen.

Die Sensibilisierungen der Animationsequipe werden jeweils individuell auf das Interesse, das Tätigkeitsfeld, sowie die zeitlichen und räumlichen Möglichkeiten der Teilnehmer zugeschnitten.

Eine Sensibilisierung durch „DG-Inklusiv“ beruht im Wesentlichen auf den 3 inhaltlichen Hauptpfeilern:

1. Theorie: was ist eine Behinderung? welche Behinderungsarten gibt es, was besagt die UN-Konvention?
2. Praxis: Sensibilisierungsparcours und -übungen, praktische zielpublikumsorientierte Übungen und Rollenspiele, Selbsterfahrung einer Behinderung
3. Austausch: Erklärungen durch Experten in eigener Sache, Tipps im Umgang mit Personen mit Behinderung, freier Austausch und die Möglichkeit Fragen zu stellen, Diskussion zum Thema was – im jeweiligen Kontext – getan werden kann, um Barrieren zu beseitigen.

Für 2017 ist die Weiterentwicklung des Projektes in Form eines erweiterten Angebots angedacht.

20. Der Ausschuss bemerkt mit Besorgnis, dass Menschen mit Behinderungen in den Medien hauptsächlich als Menschen mit Defiziten und unzureichend als Bürger dargestellt werden, die vollwertig an der Gesellschaft teilhaben.

21. Der Ausschuss empfiehlt dem Vertragsstaat, die Medienschaffenden von Bild- und Printmedien aufzufordern, in ihrem ethischen Verhaltenskodex die Verschiedenartigkeit zu berücksichtigen und ihre Ausbildung, sowie angemessene Sensibilisierung zu gewährleisten, um so eine bessere Inklusion der Menschen mit Behinderungen in der Medienlandschaft zu erzielen, einschließlich der Ausbildung des gesamten relevanten Personals.

Keine Rückmeldung

Zugänglichkeit (Art. 9)

22. Der Ausschuss ist über die mangelnde Zugänglichkeit für Menschen mit Behinderungen besorgt, sowie darüber, dass es keinen nationalen Plan mit klaren bezifferten Zielen gibt, und dass die mangelnde Zugänglichkeit in nicht ausreichendem Maße als Problem wahrgenommen wird. Er macht darauf aufmerksam, dass die Maßnahmen der Regierung hauptsächlich die Zugänglichkeit für Menschen mit körperlichen Behinderungen betreffen und dass es kaum Maßnahmen gibt, die die Zugänglichkeit für hör-, seh- oder geistig- bzw. psychosozialbehinderte Menschen fördern.

23. Der Ausschuss empfiehlt dem Vertragsstaat, einen Rechtsrahmen mit präzisen und verbindlichen Zielen hinsichtlich der Zugänglichkeit von unter anderem Gebäuden, Straßen und Verkehrsmitteln, Diensten sowie der digitalen Zugänglichkeit zu verabschieden. Dieser Rechtsrahmen sollte außerdem eine Überwachung der Zugänglichkeit und einen konkreten Zeitplan für die vorbenannte Überwachung sicherstellen und die schrittweise angewandten Änderungen dieser Infrastrukturen bewerten. Dieser Rechtsrahmen sollte auch abschreckende Sanktionen im Falle von Nichtbeachtung der Vorschriften vorsehen. Der Ausschuss fordert den Vertragsstaat auf, dass die öffentlichen Behörden, die Baugenehmigungen erteilen, umgehend eine Schulung über Zugänglichkeit und universelles Design erhalten. Diesbezüglich empfiehlt der Ausschuss dem Vertragsstaat, eine konsequente Strategie für die Zugänglichkeit auszuarbeiten, mit einem nationalen Plan und bezifferten Zielen auf kurze, mittlere und längere Sicht. Er empfiehlt, dass sämtliche Aspekte der Zugänglichkeit gemäß dem Übereinkommen und unter Berücksichtigung der Allgemeinen Anmerkung Nr. 2 (2014) gefördert werden, einschließlich der Zugänglichkeit für Gebärdensprache im gesamten Land, gleichberechtigt mit den anderen Bürgerinnen und Bürger in den verschiedenen Amtssprachen und in den verschiedenen Kommunikationsformen. Unabhängig von ihrem Wohnsitz sollen sie Zugang zu den öffentlichen Diensten haben können, insbesondere bei Verfahren in der Anwendung der Gesetze und der Justiz.

Im Rahmen des Regionalen Entwicklungskonzepts II ist eine Anpassung des Erlasses der Regierung vom 12. Juli 2017 zur Festlegung der Bestimmungen zur behindertengerechten Gestaltung von bezuschussten Infrastrukturen vorgesehen. Diese Änderung soll eine Verdeutlichung der Normen und eine Anpassung der vorgesehenen Verfahren beinhalten.

Gleiche Anerkennung vor dem Recht (Art. 12)

24. Der Ausschuss stellt mit Genugtuung die Anstrengungen des Vertragsstaates zur Reform der Rechtsvorschriften über die Rechtsfähigkeit fest. Er nimmt die Verabschiedung des neuen Gesetzes über die Rechtsfähigkeit zur Kenntnis, welches das Konzept der juristischen Handlungsunfähigkeit reformiert, zeigt sich jedoch darüber besorgt, dass dieses neue Gesetz nach wie vor einem Ansatz der stellvertretenden Entscheidung folgt und nicht das Recht auf eine unterstützte Entscheidungsfindung einführt.

25. Der Ausschuss empfiehlt dem Vertragsstaat, unverzügliche Maßnahmen zu treffen, um dieses Gesetz unter Berücksichtigung der Allgemeinen Anmerkung Nr. 1 (2014) abzuändern und ausreichende Finanz- und Humanressourcen einzuräumen, um die Unterstützung bei der Entscheidungsfindung zu gewährleisten und den Friedensrichtern wie vom Gesetz vorgeschrieben zu ermöglichen, eine der Person angemessene Entscheidung zu treffen.

Die föderale Gesetzgebung ist auf die DG anwendbar, fällt aber nicht in ihrem Zuständigkeitsbereich. Dennoch organisiert die DPB regelmäßig Schulungen zur neuen Gesetzgebung für die Mitarbeiter in den Diensten und Einrichtungen und sensibilisiert die Angehörigen für dieses Thema. Bei durch die DPB oder einer Einrichtung (beispielsweise eine Tagesstätte oder ein Wohnheim) begleiteten Person, kann der zuständige Fallbegleiter der Person einen Bericht zu den persönlichen Fähigkeiten und Wünschen der betroffenen Person verfassen und dem Friedensrichter zustellen, damit dieser ein ganzheitliches Bild des Betroffenen bekommt.

Freiheit und Sicherheit der Person (Art. 14)

26. Der Ausschuss ist besorgt, dass das Gesetz über die psychische Gesundheit, das 1990 verabschiedet wurde, die Zwangseinweisung von Menschen mit psychosozialen Behinderungen erlaubt.

27. Der Ausschuss empfiehlt dem Vertragsstaat, Gesetze, welche eine Zwangseinweisung von Menschen mit psychosozialen Behinderungen aufgrund ihrer Behinderung erlauben, außer Kraft zu setzen.

Die föderale Gesetzgebung ist auf die DG anwendbar, fällt aber nicht in ihrem Zuständigkeitsbereich.

28. Der Ausschuss befürchtet, dass das neue Gesetz, das im Mai 2014 erlassen wurde und welches die Sicherungsverwahrung für Menschen, die für schuldunfähig erklärt wurden, gegen das Übereinkommen verstößt. Bei diesen Sicherungsverwahrungen handelt es sich um Formen sozialer Sanktionen, die nicht auf der Grundlage des Prinzips der Proportionalität angewandt werden, sondern aufgrund des Zustandes einer Person, die als „gefährlich“ gilt. Das Verfahren, das für die Bestimmung der Sicherungsverwahrungen für Menschen, die als schuldunfähig gelten, angewandt wird, ist unvereinbar mit den Verfahrensgarantien, die durch die internationalen Menschenrechtsnormen eingeführt wurden, wie z. B. unter anderem der Unschuldsvermutung, dem Recht auf Verteidigung und dem Recht auf einen gerechten Prozess.

29. Der Ausschuss empfiehlt dem Vertragsstaat, das Gesetz vom Mai 2014 abzuändern, um das System der Sicherungsverwahrungen für Menschen mit Behinderungen, die für schuldunfähig erklärt werden, zu beseitigen. Menschen mit Behinderungen, die ein Verbrechen begangen haben, müssen nach dem ordentlichen Strafverfahren beurteilt werden, wie alle anderen Menschen auch, mit denselben Garantien und den notwendigen spezifischen Vorkehrungen, um eine gleichberechtigte Partizipation an der Strafjustiz zu gewährleisten.

30. Er empfiehlt zudem dem Vertragsstaat, das Recht auf angemessene Vorkehrungen für alle Menschen mit Behinderungen, die sich in Justizvollzugsanstalten befinden, sicherzustellen und Letzteren einen gleichberechtigten und auf der freien und bewussten Einwilligung beruhenden Zugang zu den Gesundheitsdiensten zu gewähren, die dem allgemeinen Niveau der Gesellschaft entsprechen; einen öffentlichen Mechanismus für die Untersuchung von Beschwerden einzuführen, der unabhängig und für alle sich in Justiz- oder gerichtsmedizinischen Einrichtungen befindlichen Personen zugänglich ist; sicherzustellen, dass keine außergerichtliche Streitbeilegung erfolgt, mit dem Ziel, eine Person in eine psychosoziale Einrichtung einweisen zu lassen oder der Person vorzuschreiben, Dienste für geistige Gesundheit in Anspruch zu nehmen, da solche Dienste stets einer freien und bewussten Einwilligung der betroffenen Person bedürfen.

Die föderale Gesetzgebung ist auf die DG anwendbar, fällt aber nicht in ihrem Zuständigkeitsbereich.

Freiheit von Ausbeutung, Gewalt und Missbrauch (Art. 16)

31. Der Ausschuss zeigt sich besorgt über den Mangel an Schutzmaßnahmen vor Gewalt und Missbrauch für Frauen, Kinder und Mädchen mit Behinderungen. Er ist außerdem beunruhigt aufgrund der fehlenden Aufzeichnungs-, Kontroll- und Überwachungsprotokolle in den Einrichtungen, in denen Menschen mit Behinderungen, vor allem ältere Personen, betreut werden.

32. Der Ausschuss fordert den Vertragsstaat auf, sofort Maßnahmen zu treffen, um sämtliche Formen der häuslichen und institutionellen Gewalt gegen Frauen, Kinder und Mädchen mit Behinderungen zu bekämpfen und zu beseitigen. Er fordert außerdem auf, Protokolle für die Aufzeichnung, Kontrolle und Überwachung des Zustandes der Einrichtungen zu erstellen, in denen Menschen mit Behinderungen, vor allem ältere Personen, betreut werden.

Das allgemeine Recht auf Information und einer korrekten Behandlung der Opfer ist im Artikel 3bis des einleitenden Titel des Strafprozessgesetzbuches verankert. Die Opferbetreuung des Justizhauses trägt wesentlich zur Umsetzung dieses Rechts bei.

Die Opferbetreuung des Justizhauses wendet sich an Opfer von Straftaten, sowie deren Angehörige. Somit gehören zur Zielgruppe auch Frauen, Kinder und Mädchen mit Behinderung, die von Formen häuslicher und institutioneller Gewalt betroffen sind.

Die Opferbetreuung bietet ein pro-aktives Unterstützungsangebot an, indem sie von sich aus Kontakt zu den Opfern aufnimmt und Unterstützung anbietet. Während der Kontakte mit dem Opfer werden auf die individuellen Bedürfnisse der Opfer geachtet. Besondere Aufmerksamkeit wird u.a. Opfern erteilt, die aufgrund ihrer Beziehung und Abhängigkeit vom Täter besonders gefährdet sind, die Gewalt in engen Beziehungen erleben, sowie Opfer mit Behinderung sind.

Opfer von Gewalttaten benötigen oftmals eine Unterstützung, um in Kenntnis ihrer rechtlichen Möglichkeiten zu gelangen. Die Opferbetreuung informiert Opfer über ihre Rechte während des gesamten Gerichtsverfahrens. Diese Informationen beziehen sich auf die Möglichkeit für die Opfer über das Verfahren informiert zu werden, sich daran zu beteiligen, ggf. Schutz zu erhalten und eine Wiedergutmachung anzufragen. Dabei werden die Opfer zu eingehenderen Rechtsberatungen an fachgerechte Stellen weitergeleitet.

Zudem benötigen Opfer meist eine psychosoziale Unterstützung und Hilfestellung um ihren Rechtsanspruch durchzusetzen.

Das Vereinbarungsprotokoll zwischen Opferbetreuung und Einrichtungen des Sozial- und Gesundheitssektors ermöglicht Opfern einen schnellen Zugang zu einer sozial-psychologischen Hilfe, die der Überwindung von erlittenen Schädigungen und von Traumata dient. Zusätzlich begleitet die Opferbetreuung Opfer bei besonders schwierigen Momenten, wie die Akteneinsicht, der Prozess, die Rückgabe von Beweisstücken.

Unabhängige Lebensführung und Einbeziehung in die Gemeinschaft (Art. 19)

33. Der Ausschuss zeigt sich besorgt, dass der Vertragsstaat eine hohe Rate der Orientierung von Menschen mit Behinderungen hin zu Einrichtungen aufweist und dass er keine Pläne für die Desinstitutionalisierung hat. Er bemängelt darüber hinaus, dass es nicht genügend Informationen über die Möglichkeiten eines Lebens in der Gesellschaft und der Gemeinschaft gibt, da die Pflege in Einrichtungen allzu oft als die einzige dauerhafte Lösung gilt. Darüber hinaus haben diese Menschen aufgrund der mangelnden Investitionen und der unzureichenden Dienste der persönlichen Assistenz kaum die Wahl für eine unabhängige Lebensführung. Der Ausschuss zeigt sich besorgt über die Genehmigungspolitik, die den Einrichtungen auf dem Gebiet des Vertragsstaates erlaubt, französische Personen mit Behinderungen - vor allem Kinder - aufzunehmen, und über die unzureichende Aufsicht über diese Einrichtungen.

34. Der Ausschuss empfiehlt dem Vertragsstaat die Anwendung einer Politik der Desinstitutionalisierung durch die Reduzierung der Investitionen in kollektive Infrastrukturen und die persönliche Lebensentscheidung stärker berücksichtigt wird. Der Ausschuss fordert den Vertragsstaat auf, auf allen Ebenen des Staates sofort einen Aktionsplan für Menschen mit Behinderungen zu entwickeln, der Letzteren den Zugang zu Diensten für eine unabhängige Lebensführung gewährt, damit sie in der Gemeinschaft leben können. Der vorbenannte Plan soll zur Beseitigung der aktuellen Wartelisten führen und sicherstellen, dass Menschen mit Behinderungen Zugang zu angemessenen finanziellen Mitteln haben und dass die Gemeinschaft für Menschen mit Behinderungen zugänglich ist. Der Ausschuss empfiehlt die Erarbeitung eines Programmes für internationale Zusammenarbeit, welches das Recht von Menschen mit Behinderungen auf eine Lebensführung in der Gemeinschaft berücksichtigt und die Vertreter der betroffenen Personen und deren Familien in die Erarbeitung miteinbezieht.

Die DG ist der einzige Teilstaat Belgiens der keine Warteliste in der Aufnahme von Personen mit Behinderung im Wohnbereich aufweist. Seit über 20 Jahren verfolgt die DPB einen Desinstitutionalisierungsprozess. Jede Person soll in eine Wohnform leben können, die ihren Wünschen und Fähigkeiten entspricht. Um das Angebot im Wohnbereich stetig optimieren und diversifizieren zu können, soll im Herbst 2016 als Pilotprojekt eine Wohngemeinschaft zwischen Studenten und jungen Erwachsenen mit erhöhtem Pflegebedarf in der DG entstehen. Dabei ist die DPB stets bemüht ihre Angebote inklusiv und sozialraumorientiert zu gestalten.

Achtung der Wohnung und der Familie (Art. 23)

35. Der Ausschuss zeigt sich besorgt über den Mangel an Unterstützung der Eltern von Kindern mit Behinderungen, vor allem der Mütter, die oft ihre Arbeit aufgeben, um sich um ihre Kinder zu kümmern. Er ist außerdem darüber beunruhigt, dass die Mindestanforderungen für die Achtung des Privatlebens von Menschen mit Behinderungen, die in Einrichtungen leben, nicht garantiert sind. Es ist des Weiteren bedauerlich, dass Menschen mit Behinderungen keinen Zugang zu ihrem Alter entsprechender Information und Bildung zur Fortpflanzung und Familienplanung haben.

36. Der Ausschuss empfiehlt nachdrücklich die Einführung eines Mechanismus zur Unterstützung von Familien mit behinderten Kindern, um deren Verwahrlosung und Unterbringung in Einrichtungen zu vermeiden. Es wird empfohlen, dass der Vertragsstaat angemessene Maßnahmen trifft, um sicherzustellen, dass die Dienstleistungsanbieter das Recht von Menschen mit Behinderungen auf ein Privat- und Familienleben achten und schützen. Schließlich empfiehlt es sich, allen Menschen mit Behinderungen den Zugang zu ihrem Alter entsprechender Information und Bildung zur Fortpflanzung und Familienplanung zu gewähren.

Es gibt keine spezifischen Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Form von Gewalt. Die allgemeinen Vorbeugungs- und Beratungsangebote wie z.B. der Prisma VoG (Frauenzentrum für Beratung, Bildung und Opferschutz) sind natürlich allen Personen offen. Im Geschäftsführungsvertrag 2016-2019 wird dies wie folgt definiert: „Prisma gewährleistet in Ausführung von Artikel 12 des Dekretes vom 19. März 2012 zur Bekämpfung bestimmter Formen von Diskriminierung die Sensibilisierung zur Thematik der häuslichen Gewalt sowie die juristische und sozialpädagogische Beratung von Personen, die zum Zeitpublikum von Prisma

gehören. Bei Bedarf orientiert Prisma die Betroffenen an andere spezialisierte Einrichtungen weiter.“

Die DG sieht in ihrem Masterplan 2025 zur Kinderbetreuung vor, dass die Familien mit Kindern mit einer Behinderung in Zukunft verstärkt, außerhalb der Schule, die Regelangebote in der Kinderbetreuung nutzen können. Die DPB startet gemeinsam mit dem RZKB im Jahr 2017 mit einem Pilotprojekt im Bereich der Außerschulischen Betreuung, dem es Eltern ermöglichen soll wohnortsnah einen Betreuungsplatz für ihr Kind zu erhalten, unabhängig von der Behinderung. Eine solche Möglichkeit sollte in Zukunft ebenfalls im Kleinkindbereich ausgearbeitet werden, damit betroffene Eltern tagsüber weiterhin ihren Beruf ausüben können. Die DG erhofft sich ebenfalls, dass die pflegenden Angehörigen in naher Zukunft ein eigenes Rechtsstatut erhalten werden, damit die Begleitung der Angehörigen von Personen mit einer Behinderung eine finanzielle Berücksichtigung finden können.

Was den Zugang zu entsprechender Information und Bildung zur Fortpflanzung und Familienplanung betrifft, können betroffene Personen auf den Dienst „SENS“ der DPB zurückgreifen. Sexualität ist ein existentielles Grundbedürfnis des Menschen und ein zentraler Bestandteil seiner Identität und Persönlichkeitsentwicklung. Unter dem Begriff „Sexualität“ gilt es, sowohl Affektivität, Partnerschaft, Zärtlichkeit, Geborgenheit und Lustempfinden zu verstehen.

Sexualität verbunden mit Behinderung kann auch Ängste und Befürchtungen auslösen, die dazu führen, dass Eltern, Begleiter und das Umfeld von Personen mit Behinderung manchmal nicht so recht wissen, wie sie mit diesem Thema umgehen sollen.

Die Aufgabe des Dienstes SENS ist es, den Menschen mit Behinderung, ihren Eltern, den Begleitern und dem Umfeld unterstützend zur Seite zu stehen und sie auf dem Weg zu einem harmonischen Affektiv- und Sexualleben zu begleiten. Voraussetzung für die Arbeit ist die Bereitschaft der Personen mit Behinderung und ggf. des Umfeldes, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen zu wollen.

Die Art der Begleitung ist den Bedürfnissen und den Fähigkeiten der Einzelpersonen angepasst.

Bildung (Art. 24)

37. Der Ausschuss ist besorgt aufgrund von Informationen, denen zufolge viele Schüler mit Behinderungen an Sonderschulen verwiesen werden und aufgrund fehlender angemessener Lösungen im Regelunterricht gezwungen sind, diese zu besuchen. Da keine inklusive Bildung gewährleistet wird, sind Sonderschulen immer noch eine allzu häufige Option für Kinder mit Behinderungen. Der Ausschuss zeigt sich ebenfalls über die mangelnde Zugänglichkeit der Schulen besorgt.

38. Der Ausschuss fordert den Vertragsstaat auf, eine konsequente Strategie im Rahmen der inklusiven Bildung für Kinder mit Behinderungen im Regelunterricht zu erarbeiten, wobei die notwendigen finanziellen, materiellen und Humanressourcen bereitgestellt werden müssen. Er empfiehlt dem Vertragsstaat, sicherzustellen, dass Kinder mit Behinderungen im Rahmen ihrer Bildung die notwendige Unterstützung erhalten durch die Bereitstellung von u. a.: einer zugänglichen Schulumgebung, angemessenen Vorkehrungen, einem individuellen Lernplan, unterstützenden Technologien und Unterstützung während des Unterrichts, zugänglichen und angepassten Lernmaterialien und -programmen sowie einer hochwertigen Ausbildung für alle Lehrer, einschließlich der Lehrer mit Behinderungen; durch den Gebrauch von Blindenschrift und der Gebärdensprache zu gewährleisten, um so eine bessere Bildung für alle Kategorien von Kindern mit Behinderungen, einschließlich blinden, taubblinden, ertaubten und hörgeschädigten Mädchen und Jungen. Er empfiehlt außerdem, sicherzustellen, dass inklusive Bildung Bestandteil der Grundausbildung der Lehrpersonen an Hochschulen sowie der regelmäßigen Weiterbildung am Arbeitsplatz ist.

Entgegen den Aussagen des Berichts ist es in der Deutschsprachigen Gemeinschaft mitnichten so, dass eine Behinderung, welcher Art auch immer, automatisch zu einer Einschulung in eine Förderschule führt.

Im Falle eines festgestellten sonderpädagogischen Förderbedarfs kommt der Schüler in den Genuss einer qualifizierten, angepassten sonderpädagogischen Förderung, die ihm entweder in einer Förderschule oder in einer Regelschule in Form eines Integrationsprojektes zuteilwird. Sonderpädagogischer Förderbedarf besteht dann, wenn einem Förderbedarf mit den Mitteln allgemeinpädagogischer Maßnahmen nicht entsprochen werden kann. Dies bedeutet, dass aufgrund einer Beeinträchtigung intensive Maßnahmen zur Entwicklungs- und Bildungsförderung notwendig werden. Die jeweilige Beeinträchtigung erfordert unter Umständen spezifische Hilfestellung, die nur durch Lehrer, Therapeuten und Pflegefachleute mit einer entsprechend spezialisierten Ausbildung geleistet werden kann.

Die sonderpädagogischen Fördermittel werden im Rahmen der verfügbaren Ressourcen vergeben. Die Zuerkennung der Mittel ist an die Einhaltung bestimmter Fristen gebunden. Generell gibt es keinen Rechtsanspruch auf eine bestimmte Anzahl von Förderstunden und auf integrative Förderung. Die Erziehungsberechtigten werden lediglich angehört.

Um zu gewährleisten, dass die sonderpädagogischen Fördermittel den Kindern mit einem sonderpädagogischen Förderbedarf zugutekommen, ist ein formelles Feststellungsverfahren notwendig. Zu Beginn des Schuljahres wird in der Schule - sei es in der Förderschule oder in der Regelschule - für jedes Kind, für das sonderpädagogische Fördermittel bewilligt worden sind, verpflichtend ein individueller Förderplan erstellt. Dieser wird nach einem pädagogisch-diagnostischen Gespräch mit dem Schüler, den Eltern und Lehrern konzipiert. Er umfasst:

- eine genaue Beschreibung der Förderziele (eventuell mit Zwischenzielen), die das Kind unter Einbeziehung der Erziehungsberechtigten erreichen soll;
- die Beschreibung der Fördermaßnahmen und die Namen der Personen, die mit der Durchführung betraut sind.

Die Verantwortung für das Führen der Schülerakte (Schülerportfolio) liegt beim Leiter der Schule, die das Kind besucht (Regelschule oder Förderschule). Alle Personen (Klassenleiter, Förderlehrer, Fachlehrer, Erzieher, Therapeuten usw.), die an der Verwirklichung der Ziele des individuellen Förderplans beteiligt sind, dokumentieren ihre Sicht über die Lernstandsentwicklung des geförderten Kindes. Mindestens einmal im Laufe des Schuljahres wird evaluiert, inwieweit die beschriebenen Ziele erreicht worden sind bzw. Ziele und Maßnahmen korrigiert werden müssen. Dazu werden Gespräche mit allen an den Fördermaßnahmen Beteiligten geführt.

Eine Förderkonferenz bestehend aus Pädagogen, Psychologen, Eltern und Lehrern entscheidet somit individuell über den besten Förderort für den Schüler. Die Regel ist hier immer eine mögliche Einschulung in eine Regelschule. In jedem Falle wird überprüft über welche didaktische Hilfsmittel der entsprechende Schüler verfügen muss, um bestmöglich am Unterricht teilnehmen zu können. Dieses didaktische Hilfsmaterial wird dem Schüler durch das DPB zur Verfügung gestellt und durch das Ministerium bezahlt. Hier haben wir eine enge Kooperation mit dem DPB. Kontakt haben wir hier vor allem mit Marvin Souren und Dr. Stephan Förster. Der massive Einsatz von Integrationslehrern und Förderpädagogen soll die Integration von Schülern mit einem erhöhten Förderbedarf in den Regelschulen zusätzlich unterstützen. Zu den Aufgaben der Förderpädagogen finden Sie weitere Informationen unter folgendem Link: http://www.bildungsserver.be/desktopdefault.aspx/tabid-4638/8173_read-45092/.

Zum 1. September 2017 wird der Nachteilsausgleich an den Schulen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingeführt. Unter Nachteilsausgleich wird der Ausgleich eines spezifischen, individuellen Defizits des Schülers durch materielle, immaterielle, methodische, didaktische oder organisatorische Maßnahmen verstanden. Auch bisher wurde bereits vielen Schülern Nachteilsausgleich gewährt. Eine gesetzliche Regelung gab es aber nicht. Nun können Erziehungsberechtigte oder der volljährige Schüler Nachteilsausgleich bei der Schulleitung beantragen. Nachteilsausgleich kann aber auch ohne Antrag der Erziehungsberechtigten von der Schule beschlossen und durchgeführt werden, falls die Schulleitung und das Lehr- und Erziehungspersonal dies als sinnvoll erachten. Nachteilsausgleichsmaßnahmen werden schulintern mit allen Betroffenen besprochen und vereinbart. Der Nachteilsausgleich muss jährlich evaluiert werden und kann zeitlich verlängert, angepasst oder annulliert werden. Beim Nachteilsausgleich ist die Förderung zielgleich, am Ende muss der Schüler die Kompetenzen laut Rahmen- und Lehrplänen erreichen. Deswegen werden Nachteilsausgleichsmaßnahmen weder im Zeugnis noch im Diplom vermerkt.

Zum 1. September 2018 wird der Notenschutz eingeführt. Unter Notenschutz wird die Nichtbewertung des Schülers in einem oder mehreren Teilbereichen des Lehr- oder Rahmenplans aufgrund von Mängeln, die nicht oder noch nicht auszugleichen sind, verstanden. Ein ganzes Schulfach kann nicht unter Notenschutz gestellt werden. Die Erziehungsberechtigten oder der volljährige Schüler können erst einen Antrag auf Notenschutz beim Schulleiter einreichen, wenn Nachteilsausgleichsmaßnahmen bereits festgelegt sowie durchgeführt wurden und diese nicht ausreichen, um Mängel auszugleichen. Der Notenschutz gilt maximal für das laufende und das darauffolgende Schuljahr. Er muss jährlich evaluiert werden und kann mit Einverständnis der Erziehungsberechtigten oder des volljährigen Schülers zeitlich verlängert, angepasst oder annulliert werden. Jedoch muss der Schüler auch in den unter Notenschutz stehenden Teilbereichen des Rahmen- und/oder Lehrplans weiter gefördert werden. Sein Leistungsstand in diesen Teilbereichen wird dem Schüler und den Erziehungsberechtigten jährlich gesondert mitgeteilt. Beim Notenschutz ist die Förderung zielfooter, deswegen wird der Notenschutz im Zeugnis vermerkt, jedoch nicht auf dem Diplom.

Arbeit und Beschäftigung (Art. 27)

39. Der Ausschuss nimmt mit Sorge zur Kenntnis, dass nur eine kleine Anzahl von Menschen mit Behinderungen eine reguläre Beschäftigung hat. Er stellt außerdem fest, dass der Staat bei der Erreichung der Ziele in Zusammenhang mit der Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen in den eigenen Diensten scheitert und Einstellungsquoten im Privatsektor fehlen.

40. Der Ausschuss empfiehlt dem Vertragsstaat, alle notwendigen gesetzlichen und Fördermaßnahmen zu treffen, um das Recht auf Beschäftigung für Menschen mit Behinderungen sowohl im Privat- als auch im öffentlichen Sektor zu garantieren, indem der Schutz vor Diskriminierung, eine Berufsausbildung, eine angemessene Zugänglichkeit und alle notwendigen angemessenen Vorkehrungen gewährleistet werden.

Förderung der Beschäftigung von Personen mit einer Behinderung im öffentlichen Dienst der DG: REK-Querschnittsprojekt „Inklusion in der Wirtschaftsregion“. Das Projekt möchte die UN-Konvention in der DG umsetzen. Das in Artikel 27 der UN-Konvention festgehaltene Gebot, Diskriminierungen aufgrund von Behinderung in Beschäftigungsangelegenheiten zu unterbinden betrifft auch die Auswahl-, Einstellungs- und Beschäftigungsbedingungen. Ferner engagieren sich die Vertragspartner für das gleiche Recht von Menschen mit Behinderung auf gerechte und günstige Arbeitsbedingungen, gleiche Entlohnung für gleichwertige Arbeit sowie einen wirksamen Zugang zu Stellenvermittlung und Weiterbildung. Die DG zielt im Rahmen des vorliegenden Projektes darauf ab, die Beschäftigung von Personen mit Behinderung in den öffentlichen Behörden der Gemeinschaft zu fördern. Es wurde eine Lenkungsgruppe eingerichtet. In einem ersten Schritt soll die Ist-Situation bei den betroffenen öffentlichen Behörden der DG erfasst werden, sprich die aktuelle Beschäftigungsquote von Personen mit Behinderung in den jeweiligen Behörden. Ferner soll die Lenkungsgruppe aufzeigen, wie die Rekrutierungsverfahren der einzelnen Behörden auf ihren inklusiven, chancengerechten Charakter geprüft und ggfs. Optimiert werden können. Die DG ist nicht zuständig für die Einführung einer Mindestbeschäftigungsquote für Personen mit Behinderung im Privatsektor. Diese Zuständigkeit obliegt dem Föderalstaat.

Darüber hinaus ist die DG zuständig für verschiedene Fördermaßnahmen:

1. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für bezuschusste Arbeitnehmer bei lokalen Behörden und bei Vereinigungen ohne Gewinnerzielungsabsicht (BVA)
 - Bezuschusste Vertragsarbeitnehmer bei lokalen Behörden (BVA): Ziel ist die Verringerung der Langzeitarbeitslosigkeit durch die Förderung der Einstellung von nicht beschäftigten Arbeitssuchenden bei den lokalen Behörden der Deutschsprachigen Gemeinschaft, sprich Gemeinden, Öffentliche Sozialhilfezentren, Plurikommunale Polizeizonen und Interkommunalen.

Grundprinzip: je prekärer die Situation des Arbeitssuchenden, desto höher die Zuschüsse, die der Arbeitgeber erwarten kann, wenn er den Arbeitssuchenden einstellt.

- Bezuschusste Vertragsarbeitnehmer bei Vereinigungen ohne Gewinnerzielungsabsicht (BVA): Das Ziel ist die Verringerung der Langzeitarbeitslosigkeit durch die Förderung der Einstellung von nicht beschäftigten Arbeitssuchenden im öffentlichen Sektor, bei gemeinnützigen Einrichtungen oder bei Vereinigungen ohne Gewinnerzielungsabsicht im Rahmen von nicht gewerblichen Aktivitäten.

Grundprinzip: je prekärer die Situation des Arbeitssuchenden, desto höher die Zuschüsse, die der Arbeitgeber erwarten kann, wenn er den Arbeitssuchenden einstellt.

2. Zielgruppenmaßnahmen: Diese Zuständigkeit wurde der DG im Rahmen der 6. Staatsreform zum 1.1.2016 von der wallonischen Region übertragen. Diese Zuständigkeit wird reformiert und an die Bedürfnisse des ostbelgischen Arbeitsmarktes angepasst werden. Hierbei handelt es sich u.a. um Aktiva, Sine, LBA, verschiedene LSS-Ermäßigungen, Maribel, BÜP oder unterschiedliche Formen der Zulagen oder Prämien. Im Zuge der Reform sollen künftig drei Zielgruppen gefördert werden: Jugendliche (< 25 Jahre), ältere Arbeitsuchende (> 55 Jahre), arbeitsmarktfremde Personen (u.a. dann auch die Personen mit Behinderung).
3. Maßnahmen der Dienststelle für Personen mit einer Behinderung: Die DPB bietet erst dann eigene, d.h. spezifische, Maßnahmen zur Orientierung, Ausbildung und Beschäftigung an, wenn allgemeine Angebote nicht ausreichen, um den individuellen Bedürfnissen an Begleitung, fachlicher Unterstützung und spezifischer Anpassungen gerecht zu werden. Die Zuständigkeit der DPB ist daher im Grundsatz subsidiär und komplementär zu den Zuständigkeiten und Angeboten anderer Behörden und Anbieter und folglich auf spezialisierte, die allgemeinen Angebote ergänzende Dienstleistungen ausgerichtet. Die Nutzung dieser spezialisierten Angebote ist nur mit Genehmigung der DPB möglich (d.h. als „Pfortner“, „Schleusenwächter“ oder s.g. „Gate-keeper“). Die DPB bietet in diesem Kontext eine Vielzahl an Maßnahmen. Diese decken die gesamte berufliche Begleitung ab: Orientierung, Positionierung im Beschäftigungsverhältnis, Qualifizierung, Transformation der Voraussetzungen, Adaptation des Arbeitsplatzes. Die Maßnahmen der DPB ermöglichen die Integration in den allgemeinen Arbeitsmarkt (Beschäftigung im Betrieb, Ausbildung im Betrieb) und/oder die Beschäftigung im Rahmen der (erweiterten bzw. spezialisierten) Sozialökonomie (z.B. Beschützende Werkstätten, Tagesstätten).

Teilhabe am kulturellen Leben sowie an Erholung, Freizeit und Sport (Art. 30)

41. Der Ausschuss nimmt mit Sorge zur Kenntnis, dass der Vertragsstaat den von der Weltorganisation für geistiges Eigentum verabschiedeten Vertrag von Marrakesch um den Zugang zu veröffentlichten Werken für blinde, sehbehinderte oder sonst lesebehinderte Personen zu erleichtern noch nicht ratifiziert hat, der Blinden oder Sehbehinderten sowie Menschen mit anderen Leseschwierigkeiten den Zugang zu veröffentlichten Werken ermöglicht.
- 42. Der Ausschuss fordert den Vertragsstaat auf, sämtliche geeigneten Maßnahmen zu treffen, um den Vertrag von Marrakesch so bald wie möglich zu ratifizieren und umzusetzen.**

Der im Vertrag von Marrakesch festgehaltenen erleichterte Zugang zu veröffentlichten Werken für blinde, sehbehinderte oder andere lesebehinderte Personen betrifft nach bisherigem Kenntnisstand ausschließlich die föderale Zuständigkeit der Regelung des Urheberrechts. Die deutschsprachige Gemeinschaft hat somit keinen Einfluss auf eine mögliche Ratifizierung des Vertrags.

Statistik und Datensammlung (Art. 31)

43. Der Ausschuss bedauert den Mangel an aufgeschlüsselten Daten über Menschen mit Behinderungen. Er erinnert daran, dass diese Informationen unerlässlich sind, um die Situation bestimmter Gruppen von Menschen mit Behinderungen im Vertragsstaat zu verstehen, die unterschiedliche Grade von Verletzbarkeit aufweisen können, um Gesetze, Politiken und Programme zu erarbeiten, die der Situation dieser Menschen entsprechen, und um die Umsetzung des Übereinkommens zu bewerten.

44. In Hinblick auf die Ausarbeitung von Rechtsakten, die Entscheidungsfindung und die Verstärkung der institutionellen Kapazitäten empfiehlt der Ausschuss dem Vertragsstaat, nach Geschlecht, Alter und Behinderung aufgeschlüsselte Daten zu sammeln, auszuwerten und zu verbreiten, die Kapazitäten in diesem Bereich zu vergrößern und Geschlechtsindikatoren zu erarbeiten. Dies ist notwendig für eine Überwachung der erzielten Fortschritte in der Umsetzung der verschiedenen Bestimmungen des Übereinkommens und die Erstellung von diesbezüglichen Berichten.

Die DPB veröffentlicht jährlich in ihrem Jahresbericht eine große Anzahl an statistischen Daten. Einige Daten werden ebenfalls in DGstat eingespeist. Die Arbeitsgemeinschaft DGstat hat sich die künftige Verbesserung der statistischen Arbeit in der Deutschsprachigen Gemeinschaft als Ziel gesteckt. Hierunter fallen:

- der Ausbau und die Systematisierung der Datensammlung und Erfassung in der DG;
- die bedarfsorientierte Aufbereitung der Daten;
- die Entwicklung angepasster Analysetools;
- die Veröffentlichung von Statistiken, Kennzahlen und Studien zur DG;
- die Erörterung von Statistiken und methodologischen Hintergründen.

Sichtbares Produkt von DGstat ist insbesondere die Website (www.dgstat.be). Hier können Analysen und Zahlen zu folgenden Themenbereichen abgerufen werden: Geografie & Umwelt, Bevölkerung, Arbeitsmarkt, Unternehmen, Wirtschaft und Sektoren, Schule und Bildung, Soziales und Gesundheit, Mobilität, Tourismus, Sport, Kultur und Freizeit sowie Lebensbedingungen. Die Website enthält auch eine interaktive Statistikdatenbank, in der die Nutzer die Daten nach eigenen Bedürfnissen zusammenstellen und anschaulich darstellen können, etwa in Form von Karten, Grafiken oder Tabellen.

45. Der Ausschuss zeigt sich besorgt über den Mangel an Daten zu Fragen, die Mädchen, Jungen und Frauen mit Behinderungen betreffen.

46. Der Ausschuss empfiehlt dem Vertragsstaat, systematisch Daten über Mädchen, Jungen und Frauen mit Behinderungen zu sammeln, auszuwerten und zu verbreiten.

Bei den meisten bisher von der DPB veröffentlichten Daten wurden sowohl das Alter als auch das Geschlecht der Personen berücksichtigt.

Internationale Zusammenarbeit (Art. 32)

47. Der Ausschuss bedauert, dass den Rechten von Menschen mit Behinderungen in der Politik und den Programmen bzgl. der Millenniums-Entwicklungsziele (MEZ) keine Aufmerksamkeit entgegengebracht wird, obschon die Vollversammlung der Vereinten Nationen um die Sammlung von Daten und Informationen über die Situation von Menschen mit Behinderungen im Rahmen der Verwirklichung der Entwicklungsziele ersucht hat.

48. Der Ausschuss empfiehlt dem Vertragsstaat, eine Perspektive, die sich auf die Rechte von Menschen mit Behinderungen stützt, im Entwicklungsrahmen für den Zeitraum nach 2015 miteinzubeziehen.

Im Dekret zur Bezuschussung von Entwicklungsprojekten im globalen Süden sind keine spezifischen Kriterien aufgenommen, die den Aspekt Behinderung behandeln. Es bestanden in der letzten Legislaturperiode jedoch Überlegungen, die Gesetzesgrundlage dahingehend anzupassen.

Innerstaatliche Durchführung und Überwachung (Art. 33)

49. Der Ausschuss ist besorgt, dass das Zentrum für Chancengleichheit und zur Bekämpfung von Rassismus, das mit der Aufsicht über die Verwirklichung des Übereinkommens betraut ist, nicht die gemäß den Grundsätzen zum Statut und zur Funktionsweise nationaler Einrichtungen zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte („Pariser Grundsätze“) notwendige Unabhängigkeit zu genießen scheint.

50. Der Ausschuss empfiehlt dem Vertragsstaat, den Prozess abzuschließen, aufgrund dessen das Zentrum den Grundsätzen über das Statut der nationalen Einrichtungen („Pariser Grundsätze“) entspricht.

Das Parlament stimmte durch Dekret vom 20. Januar 2014 dem Zusammenarbeitsabkommen vom 12. Juni 2013 zwischen der Föderalbehörde, den Regionen und Gemeinschaften zur Schaffung eines Interföderalen Zentrums für Chancengleichheit und Bekämpfung des Rassismus und der Diskriminierung in der Form einer gemeinschaftlichen Einrichtung im Sinne von Artikel 92 bis des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen zu. Eine Weiterentwicklung dieses Zusammenarbeitsabkommens erfordert die Zustimmung aller Teilstaaten und dem Föderalstaat und ist nicht einseitig von der Deutschsprachigen Gemeinschaft durchführbar.